

vorwärtsEXTRA



GUTE RENTE FÜR DEN LEBENSABEND

Der SPD-Landesvorstand hat die Diskussion über das Rentenkonzept der Bundespartei eröffnet. Schleswig-Holstein wird bei diesem zentralen Thema eigene Vorschläge einbringen, bevor der Parteikonvent entscheidet.

Das Thema Rente stand im Mittelpunkt. Die Landesvorstandssitzung am 24. September widmete sich dem Entwurf für ein Rentenkonzept, das der Parteivorstand am Vormittag des selben Tages beschlossen hatte.

Landesvorsitzender Ralf Stegner betonte die Bedeutung einer verlässlichen Rente als Grundlage des Sozialstaates. „Die Frage einer soliden und gerechten Alterssicherung wird auch eines der entscheidenden Themen bei der kommenden Bundestagswahl sein“, unterstrich Ralf Stegner die strategische Bedeutung des Themas.

Der Landesvorsitzende begrüßte den Beschluss des Parteivorstands. Nach diesem Konzept können künftig alle, die 45 oder mehr Versicherungsjahre vorweisen,

ohne Abschlüge in Rente gehen. „Wir müssen starre Altergrenzen aufweichen, die nicht mehr zeitgemäß sind“, erläuterte Ralf Stegner.

Konzept gegen Altersarmut

Auch das Konzept der Solidarrente findet seine Zustimmung. Im Gegensatz zu dem Modell der Ministerin von der Leyen soll die Solidarrente über Steuern finanziert und nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern allein aufgebürdet werden. Ein wichtiger sozialer Aspekt sei die Erwerbsminderungsrente, besonders für diejenigen, die nach einem harten Arbeitsleben unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden.

Diskussionsbedarf besteht aus schleswig-holsteinerischer Sicht bei einigen

noch offen gebliebenen Punkten: der Höhe des Rentenniveaus, der Angleichung der Renten im Osten und im Westen Deutschlands sowie der weiteren Stärkung der paritätischen Finanzierung.

Trotz der offenen Punkte zog der Landesvorsitzende ein positives Fazit der bisherigen Arbeit am Rentenprogramm: „Die SPD steht als einzige Partei für gute Arbeit, der eine Rente folgt, die nicht in Altersarmut führt. Dies gebietet der Respekt vor dem Arbeitsleben der Menschen.“

AfA fordert höheres Rentenniveau

Wolfgang Mädels, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) sieht das Rentenkonzept auf einem guten Weg: „Ralf Stegner hat in der aktuellen Diskussion



FOTO: D. DRESCHER

Eine gute Nachricht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Eine notwendige Rentenreform wird nicht auf die lange Bank geschoben.

zum SPD Rentengesetz eine gute Figur gemacht und mit seinem Brief an den Bundesvorsitzenden die Tür für wichtige Veränderungen weit aufgeschlagen.“ Eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren erfülle eine wichtige Forderung der AfA.

„Was nicht geht und auch der Lebensleistung von Arbeitnehmern widerspricht, ist die noch aktuelle Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent“ mahnt Wolfgang Mädels. „Hier muss nachgebessert werden, wenn wir zu Recht auch die Partei der kleinen Leute bleiben wollen.“ ■

FAHRPLAN FÜR DEN RENTEN-BESCHLUSS

Nach dem Beschluss des Parteivorstands diskutieren die Ortsvereine und Kreisverbände.

12. November, 19 Uhr, Landesparteiirat. Beratung und Beschluss über Änderungsanträge zum Parteikonvent.

24. November. Parteikonvent in Berlin. Beschlussfassung über das Rentenkonzept. ■

MODERN ZU SEIN HAT LANGE TRADITION

Im nächsten Jahr feiert die SPD ihr 150-jähriges Bestehen – und die SPD Schleswig-Holstein feiert mit. „Dabei wollen wir uns nicht als politisches Museum präsentieren“, stellt Landesgeschäftsführer Christian Kröning klar. „Wir wollen zeigen: Modern zu sein hat eine lange Tradition in der Sozialdemokratie.“

Zentrales Element des Jubiläumsjahres werden Veranstaltungen unter dem Motto „Die SPD und ihre Freunde“

sein. Den Auftakt bildet eine zentrale Veranstaltung des Landesverbands am 8. März 2013 in Kiel. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel wird als Gast erwartet.

In allen Kreisen sollen bunte und vielfältige Ver-



anstaltungen mit befreundeten Vereinen und Verbänden durchgeführt werden, die aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden sind: von den Gewerkschaften über die AWO bis zu den Naturfreunden.

Am 4. Mai wird im ganzen Land

der „Tag der Ortsvereine“ organisiert. Die örtlichen Gliederungen können damit ihre Geschichte und die Geschichte der SPD für die Öffentlichkeit inszenieren. Das soll zusätzlich Schwung in den Kommunalwahlkampf bringen.

Die Landtagsfraktion plant eine Veranstaltungsreihe zur SPD in den Parlamenten. Zum Abschluss des Jubiläumsjahres wird in Lübeck des 100. Geburtstages von Willy Brandt gedacht. ■

PARTNER DER KOMMUNEN

Innenminister Andreas Breitner erläutert Vorhaben seines Ressorts.

VORWÄRTS: Als langjähriger Bürgermeister kennst Du die Nöte der Kommunen. Was kannst Du als Innenminister daran ändern?

ANDREAS BREITNER: Ich will nicht nur Ansprechpartner, sondern Partner der Kommunen sein. Dies gilt für die ganze Landesregierung. Deshalb hat auch Torsten Albig im Oktober zu einer Kommunalkonferenz eingeladen. Dort werden wir die Themen erörtern, die die Kommunen bewegen und die wir gemeinsam mit ihnen bewegen wollen. Wir machen Betroffene zu Beteiligten. Zentrales Thema dabei sind die kommunalen Finanzen.

Womit kann den besonders gebeutelten Kommunen schnell geholfen werden?

Das hat die Regierungskoalition schon getan: mit dem Gesetzentwurf zur Novellierung des Haushaltskonsolidierungsgesetzes. Es wird weitere Konsolidierungshilfen für hoch verschuldete Kommunen geben. Anders als Schwarz-Gelb überlassen wir es den Kommunen zu

wählen, ob sie ausschließlich mit einer Fehlbetragszuweisung gefördert werden oder zusätzlich eine deutlich höhere Konsolidierungshilfe beantragen wollen. Das Gesetz soll im November beschlossen werden. Nicht „von oben herab“, sondern im Dialog erarbeitet.

Langfristig muss der Kommunale Finanzausgleich neu justiert werden. Wird es noch vor der Kommunalwahl Signale dafür geben?

Wir brauchen eine dauerhaft nachhaltige und austarierte Finanzausstattung der Kommunen. Dazu müssen wir uns die Frage stellen: Wer in kommunaler Familie macht welche Aufgaben? Es geht nicht darum, Städte gegen Gemeinden auszuspielen, sondern die Finanzausstattung gerechter zu gestalten. Dabei orientieren wir uns an den Aufgaben und deren Finanzierung. Unser Ziel sind starke Regionen und starke Städte. Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs geht nicht im Handstreich, sondern nur

im Dialog. Mein Ziel ist es, bis 2015 fertig zu sein.

Die Landesregierung hat versprochen, Politik im Dialog



Innenminister Andreas Breitner.

zu praktizieren. Wie löst Du dieses Versprechen ein?

Wir nehmen die Kommunen ernst: Zuhören, diskutieren und entscheiden. In dieser Reihenfolge.

In den Ballungsräumen und auf den Inseln fehlen bezahlbare Wohnungen. Wird es

eine Neuauflage des Wohnungsbauprogramms der Regierung Engholm geben?

Im Wohnungsbau geht es für mich auch immer um soziale Gerechtigkeit. Deshalb werden wir eine Wohnungspolitik machen, in deren Mittelpunkt die Schaffung und Erhaltung von bezahlbaren Mietwohnungen steht.

Die Landesregierung wird bis 2014 jährlich insgesamt 90 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung stellen. Damit könnten bis zu 4500 Mietwohnungen und 2100 Eigenheime gefördert werden. Einen Schwerpunkt bilden der Hamburger Rand, Sylt und die vier kreisfreien Städte. Letztere erhalten bis einschließlich 2014 insgesamt 120 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen.

Rechtsradikalismus und organisierte Kriminalität geben Anlass zur Besorgnis. Wie kann die Polizei wirksam gehalten?

Wir werden auch im Bereich der Inneren Sicherheit und beim Verfassungsschutz

ZUR PERSON:

ANDREAS BREITNER

Geboren am 24. Februar 1967 in Kiel, verheiratet, drei Kinder. 1987 bis 1990 Studium an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz, Fachbereich Polizei, anschließend verantwortlich in verschiedenen Polizeidienststellen des Landes. 2000 bis 2003 persönlicher Referent im Innenministerium. Von April 2003 bis 2012 Bürgermeister der Stadt Rendsburg. Seit 1985 Mitglied der SPD, verschiedene Funktionen auf Gemeinde- und Kreisbene. Seit 2005 Mitglied des Landesvorstands, seit 2007 stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. 2005 bis 2012 Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

eigene Akzente setzen. Auch künftig wird es kein Zurückweichen vor Gewalt und Extremismus geben. Unsere kompromisslose Linie im Kampf gegen die Rocker ist ein Beispiel dafür, dass wir den Druck auf die Strukturen der organisierten Kriminalität unvermindert aufrechterhalten. Rechtsextremismus ist keine Gesinnung, sondern ein Verbrechen. Zu dessen Bekämpfung werden wir uns richtig ins Zeug legen. ■

PERSONALIE

WECHSEL IM KREISVERBAND PINNEBERG

Der Kreisverband Pinneberg hat einen neuen Vorsitzenden. Der ordentliche Kreisparteitag am 15. September 2012 in Elmshorn wählte Thomas Höck (Foto) mit großer Mehrheit. Der 50-jährige Bauingenieur war bisher stellvertretender Vorsitzender. Sein Vorgänger Hannes Birke, der insgesamt 19 Jahre an der Spitze des Kreisverbands gestanden hatte, wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. ■



FOTO: STUDIO RADELOFF

GEMEINDEN KEIMZELLE DER DEMOKRATIE

Der Verein der Kommunalpolitiker wählte neuen Landesvorsitzenden und feierte 40-jähriges Bestehen.

Dr. Andreas Koepen, Bürgermeister der Stadt Itzehoe, ist neuer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. (SGK) in Schleswig-Holstein. Die Wahl wurde notwendig, nachdem der bisherige Vorsitzende Andreas Breitner nach der Landtagswahl zum Innenminister ernannt wurde und deshalb seinen Rücktritt als SGK-Landesvorsitzender erklärt hatte. Koepen wurde bei nur einer Gegenstimme am 8. September 2012 im Ständesaal des Rathauses Schleswig gewählt. Auch Torsten Albig

war nach seiner Wahl als Ministerpräsident vom Amt des stellvertretenden SGK-Landesvorsitzenden zurückgetreten. Eine Nachwahl fand in diesem Fall nicht statt, da die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden durch Änderung der Satzung auf zwei beschränkt wurde.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung feierte die SGK Schleswig-Holstein ihr 40-jähriges Bestehen. Als Festredner sprach Torsten Albig. In seiner Rede machte er deutlich, dass Schleswig-Holstein nur dann richtig stark sei, wenn auch seine Kommunen stark seien.



Andreas Koepen, SGK-Landesvorsitzender.

FOTO: G. SCHULZ

Dafür werde er gemeinsam mit der SGK und Andreas Breitner als Innenminister arbeiten.

Die Kleinteiligkeit Schleswig-Holstein mit über 1100 Gemeinden sei kein struktureller Nachteil. „Die Ge-

meinden sind Keimzelle der Demokratie und des Engagements der Menschen“, so der Ministerpräsident. „Wir brauchen eine dauerhafte, nachhaltige und austarierte Finanzausstattung der Kommunen. Die erreichen wir, wenn wir folgende Frage ehrlich beantworten: Wer in der kommunalen Familie erledigt welche Aufgaben?“

Dabei dürfe es nicht darum gehen, Städte gegen Gemeinden auszuspielen. „Wir werden es uns aber auf Dauer nicht mehr leisten können, dass alle alles machen“, sagte der Ministerpräsident.

Als weiterer Redner hob Alexander Götz, Bundesgeschäftsführer der SGK, die Bedeutung der SGK in den gesetzlichen Veränderungen auf Bundesebene hervor. ■

KOMMUNALWAHL IM PLAN

Die Kommunalwahl wird im ersten Halbjahr 2013 die größte Herausforderung für die Parteiorganisation. Die Vorbereitungen laufen planmäßig. Der Landesverband erstellt Programm-Leitlinien für die Kommunalwahl 2013. Die Inhalte konzentrieren sich auf

- Arbeit und Soziales: Arbeitsplätze, Gewerbepolitik, soziale Dienstleistungen,
- Familien, Kitas, Schulen,
- Energiewende vor Ort,
- Bürgerbeteiligung.

Der Landesvorstand wird die Leitlinien am 30. Oktober beraten und anschließend dem Landesparteirat vorlegen. Im Januar und Februar werden der Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführer alle Kreisverbände besuchen.

Die Produktion von Wahlkampfmaterial wird wieder das Druckportal nutzen. ■

GUTE ARBEIT UND GUTE RENTE GEHÖREN ZUSAMMEN!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD diskutiert. Wir diskutieren über zentrale Gerechtigkeitsfragen – gute Arbeit und eine Rente, von der man leben kann. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein uns gewählt. Weil wir ihre Qualifikationen und Potentiale, ihre Arbeit, wertschätzen.

Eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Schleswig-Holstein hat uns unlängst die besondere Bedeutung dieser Frage vor Augen geführt. Die Ergebnisse dieser Studie belegen, dass die Menschen nirgendwo im Westen Deutschlands so wenig verdienen, wie in Schleswig-Holstein. Vollbeschäftigung wird bei uns im Land durchschnittlich mit 2517 Euro entlohnt. Fast 200 Euro mehr sind es im Bundesdurchschnitt.

Geradezu ein Skandal ist es, dass deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch hinzu kommen. Nach der Studie sind es rund 600 Euro, die Frauen in Schleswig-Holstein im

Schnitt weniger verdienen als Männer. DGB-Nord Chef Uwe Polkaehn hat angesichts dessen vollkommen zu Recht vor Altersarmut gewarnt.

Für die SPD gehören gute Arbeit und eine gute Rente zusammen. Dies gebietet schon der Respekt vor dem Arbeitsleben eines Menschen. Eine Rente, die nicht in Altersarmut führt, muss genauso selbstverständlich sein, wie ein Lohn, von dem man leben kann.

Deshalb bringen wir in Schleswig-Holstein jetzt ein Tariftreugesetz auf den Weg, das Lohndumping verhindern wird. Nach transparenten Vergabegrenzen werden Tarif- und Sozialstandards sowie die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mit der Stammbelegschaft Berücksichtigung finden.

Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, eine familien- und frauenfreundliche Arbeitsorganisation, sichere und innovative Beschäftigungsverhältnisse sowie Arbeit, die nicht krank machen

darf, sind weitere Bestandteile unserer Politik. Bereits diese Politik hilft eine Zukunft im Alter zu sichern. Reichen tut dies allerdings noch nicht. Deshalb diskutieren wir in unserer Partei jetzt ein Rentenkonzept.

Es ist gut, dass wir diskutieren. Es ist in Ordnung, wenn wir uns in der Sache streiten. In diesem zentralen Thema erwarten die Menschen von uns eine Antwort. Sie haben das Recht auf eine gute Entscheidung, die wir nach Abwägung aller Argumente treffen. Ich werbe dafür, Euch an dieser Diskussion zu beteiligen.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



FOTO: GABY ZIMMERMANN

ENDSPURT IN KIEL UND RENDSBURG

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Kiel und der Bürgermeisterwahl in Rendsburg gehen die Kandidatin und der Kandidat auf die Zielgerade.

Im Wahlkampf setzt Susanne Gaschke auf zugkräftige Argumente. Zugkräftige Lokomotiven lernte sie beim Besuch des traditionsreichen Lokomotivherstellers Vossloh in Kiel-Friedrichsort kennen. Die Kandidatin der SPD für den Oberbürgermeisterpo-

sten zeigt sich beeindruckt von der technologischen Kompetenz. „Es ist gut, solche industriellen Kerne in Kiel zu haben. Die Industrie lebt und gehört zur Zukunft der Stadt“, meinte die 45-jährige Journalistin. Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädél hatte für sie im September



Die Wahllokomotive rollt. Susanne Gaschke besuchte in Kiel unter anderem die Lokomotivbaufirma Vossloh. Links Geschäftsführer Andreas Hopmann, rechts Betriebsratsvorsitzender Michael Ulrich, 2. von links AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädél.



Pierre Gilgenast (links) in der Rendsburger Fußgängerzone.

eine Tour durch große Kieler Betriebe organisiert.

Pierre Gilgenast sucht als Bürgermeister-Kandidat den Kontakt zu den 28000 Einwohnern. Regelmäßig ist er in der Fußgängerzone unterwegs. „Es ergeben sich viele Gespräche. So erfahre ich, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt“, berichtet der Wahlkämpfer. Der 47-jäh-

rige Jurist kann auf 26 Jahre Kommunalpolitik und 14 Jahre Erfahrung als Verwaltungsleiter verweisen. Sein Programm: Rendsburg soll sich zukunftsorientiert weiterentwickeln und dabei das „eigene Gesicht“ wahren.

Die Wahlen in Kiel und Rendsburg finden am 28. Oktober statt, mögliche Stichwahlen am 11. November. ■

SEMINARE

WORKSHOP

„WAHLKAMPFDREHBUCH – ANALYSE – STRATEGIE – UMSETZUNG“

Themen, Aktionen, Zeitschiene und begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Leiter: Achim Möller.

3. November 2012 und 19. Januar 2013

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente. Kosten: 20 Euro (Essen, Getränke, Material) Anmeldung bis 24. Oktober 2012 bzw. 10. Januar 2013

PRESESEMINAR/NEUE MEDIEN
Effektive Pressearbeit im Wahlkampf, Nutzung und Umgang mit neuen Medien. Leiter: Ingo Röske-Wagner.

26. Januar 2013 und 9. Februar 2013

Kiek In, Neumünster. Kosten: 20 Euro, Anmeldung bis 17. Januar bzw. 1. Februar 2013

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER
Einführung in die Geschichte der SPD, Programme, Partei- und Organisationsstrukturen, Einblicke in die Kommunalpolitik 22. bis 24. Februar 2013

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente, Kostenbeitrag: 35 Euro (Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte)

Anmeldung bis 10. Februar 2013

■ Anmeldung: Elfriede Marx
elfriede.marx@spd.de
Tel. 04 31/9 06 06-26
Fax 04 31/9 06 06-21

DER »ROTE JOCHEN« PRÄGTE DEN LINKEN LANDESVERBAND

Am 19. September wäre der frühere Landes- und Fraktionsvorsitzende 90 Jahre alt geworden.

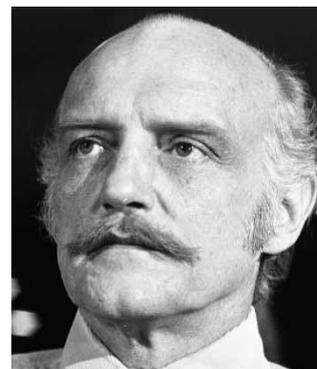
Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg tritt Jochen Steffen in die SPD ein und beginnt seinen Aufstieg: 1954 ist er Juso-Landesvorsitzender, 1965 Landesvorsitzender der SPD. 1967 und 1971 tritt er als Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen an. Günter Grass und Siegfried Lenz setzen sich für ihn ein. Die Springer-Presse und die regionalen Medien diffamiert ihn dermaßen, dass sogar „Panorama“ und der SPIEGEL es thematisieren. Er holt jeweils um die 40 Prozent und verliert trotzdem.

Bereits in jungen Jahren beschäftigt sich Jochen Steffen mit den Klassikern der Sozialdemokratie. Wenige sind so theoriefest wie der erklärte Parteilinke. In der SPD-Grundwerte-Kommission und seinen eigenen Büchern gibt er linke Impulse,

gespeist aus kluger Analyse: „Die Menschen sind nicht dazu da, ein wirtschaftliches System mit seinen Eliten und Privilegien zu verteidigen, das uns in die Krise sehenden Auges torkeln ließ und die nächste Krise vorbereitet“, schrieb Jochen Steffen, in „Krisenmanagement oder Politik“ damals, 1974.

Unter Helmut Schmidt weiß sich Jochen Steffen nicht mit den Kompromissen einer Regierungspartei zu arrangieren. Nach und nach zieht er sich aus der Politik und der SPD zurück.

„Jochen Steffen hat das linke Profil der schleswig-holsteinischen SPD als Programmpartei geprägt. Engagiert und kantig ist er für unsere Grundwerte eingetreten und nie dem politischen Mainstream hinterhergelaufen. Er war ein streitbarer



Jochen Steffen 1973.

Mensch, bei dem Bürgerinnen und Bürger wussten, wofür er stand und der die Lebenswirklichkeit der Menschen im Land kannte. Dies ist uns bis heute Vorbild,“ findet der heutige SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner.

Jochen Steffen stirbt am 27. September 1987 nach langer Krankheit in Kiel. Eine wissenschaftliche Biografie unter Federführung von Prof. Uwe Danker und Prof. Jens-Peter Steffen ist in Vorbereitung. ■ *Steffen Vojß*

WIR GRATULIEREN IM OKTOBER

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Adelheid Behrendt, Preetz
Lieselotte Fiebiger, Bad Segeberg
Else Koitzsch, Tolk
Karl-Heinz Ramm, Kiel
Karl-Heinz Rothe, Kiel
Willi Seewe, Bad Schwartau
Ingeborg Siglow, Hohenlockstedt

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Andreas Jordt, Kiel
Willi Köster, Neumünster

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Oskar Baumgarten, Fehmarn
Lisbeth Chrost, Heikendorf
Marga Harbs, Büdelsdorf
Hildegard Seeling, Reinbek
Siegfried Walpuski, Molfsee

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Lieselotte Bötetführ, Ahrensburg
Harry Brandt, Lägerdorf
Erwin Jakob, Lübeck
Kurt Schulz, Eckernförde
Hildegard Seeger, Norderstedt
Edith Seider, Kollmar

TERMINE

■ 9. Oktober, 19 Uhr

„Die Zukunft der Stadt“ mit Oberbürgermeisterkandidatin Dr. Susanne Gaschke und Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. Kiel, Wissenschaftszentrum.

■ 22. Oktober, 19 Uhr

„Zukunft der kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein“. Mit Innenminister Andreas Breitner Peter Eichstädt, MdL, Bürgerhaus Büchen.

■ 23. Oktober, 19 Uhr

Vorstellungsrunde Bundestagswahlkreis 10. Mölln, Quellenhof.

■ 25. Oktober 2012, 19 Uhr

Vorstellungsrunde BTWK 10. Schwarzenbek, Alte Meierei.

■ 30. Oktober, 18 Uhr

„Demographischer Wandel“. „Fraktion vor Ort“ mit Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Franz Müntefering, MdB und Staatssekretärin Anette Langner. Raisdorf, „Rosenheim“.

■ 31. Oktober, 19.30 Uhr

ASF-Kreisfrauenkonferenz Steinburg. Itzehoe, Kreisbüro.

■ 3. November, 10 Uhr

Ordentlicher Kreisparteitag Dithmarschen mit Delegiertenkonferenz zur Bundestagswahl. Nordhastedt, Zum kleinen Bahnhof.

■ 10. November, 10 Uhr

Wahlkreisversammlung Steinburg-Dithmarschen Süd, außerordentlicher Kreisparteitag Steinburg mit Delegiertenkonferenz zur Bundestagswahl. We-welsfleth, Mehrzweckhalle.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de